Kundmachung.

Die Kartoffelbesitzer der Gemeinde werden über Auftrag der k. k. Bezirkshauptmannschaft mittels separater Kurrende gemäß § 7 der Ministerialverordnung vom 22. September 1915, R. G. Bl. Nr. 276, aufgefordert werden, von ihren Kartoffelvorräten der Gemeinde Wien eine entsprechende Menge von Speisekartoffeln zum Höchstpreise von 8 K pro Meterzentner zu verkaufen.

Dieser Höchstpreis schließt gemäß § 6 der bezogenen Verordnung die Kosten der Verladung und des Transportes bis zur Verladestation in sich.

Die Kartoffeln sollen haltbar, handgeklaut, erd- und lehmfrei, mindestens von Hühnereigröße und möglichst nach den drei Sorten (gelbe, weiße, Rösen) sortiert sein. Nichtentsprechende Anlieferungen werden, sofern sie nicht schon vom geistigten Bürgermeisteramte zurückgewiesen werden, von der Übernahmestelle der Gemeinde Wien nicht angenommen und auf Kosten und Gefahr des Liefernden zurückbeordert.

Sollte sich ein Kartoffelbesitzer weigern, der Aufforderung zum Verkaufe Folge zu leisten, so wird die von ihm angeprochene Kartoffelmenge gemäß § 7, Absatz 2, der erwähnten Verordnung durch die politische Bezirksbehörde zwangsweise auf seine Rechnung und Kosten an die Gemeinde Wien verkauft und der Verkaufspreis unter Berücksichtigung des Höchstpreises sowie der Güte und Verwendbarkeit der Ware nach Anhörung eines auf seine Kosten zu bestellenden Sachverständigen endgültig bestimmt werden.

Alle durch eine solche Weigerung verursachten Verfahrenskosten fallen dem betreffenden Kartoffelbesitzer zur Last.

am . Oktober 1915.

L. S.

Der Bürgermeister.